



## RESOLUTIONSANTRAG

der Landtagsabgeordneten D.I. Dr. Rainer Pawkowicz, Dr. Rüdiger Stix betreffend  
ein maut- und road-pricing-freies Wien, eingebracht in der Sitzung des Wiener  
Landtags am 09. August 1996

---

Die Stadt Wien beeinsprucht die mittlerweile von der SPÖ/ÖVP-Mehrheit im Nationalrat beschlossene Einführung des Mautpickerls auch für Stadtautobahnen beim Verfassungsgerichtshof und begründet dies mit Verletzungen des Gleichheitsgrundsatzes und der Verhältnismäßigkeit.

Eine Entscheidung des VfGH vor Inkrafttreten des Mautpickerls mit Beginn des nächsten Jahres ist nicht zu erwarten. Darüber hinaus erscheint es für das öffentliche Ansehen der Politik nicht dienlich, wenn Entscheidungen der Regierung in einem zusehenden Maß durch die Höchstgerichte revidiert werden, wie beispielsweise jetzt in der Frage der Familienbesteuerung erneut erwartet wird. Sinnvoller erscheint hingegen eine politische Lösung noch vor Inkrafttreten der Mautpflicht, etwa über die Beschlußfassung einer Ausnahme für Stadtautobahnen zu Beginn der kommenden Sitzungsperiode im Nationalrat.

Durch die geplante quasi-Besteuerung der Hauptverkehrswege in Wien wird der Wirtschaftsstandort Wien weiteren Schaden nehmen, was in einer zunehmend härter werdenden Konkurrenz, auch mit städtischen Mitbewerbern aus den Reformstaaten, negative Auswirkungen auf die Arbeitsplatzsituation und die regionale Wertschöpfung in Wien haben wird.

Ein starres Mautsystem in Form des mit Beginn des nächsten Jahres geplanten Mautpickerls ist dabei genauso abzulehnen wie ein kilometerabhängiges "road-pricing-System", das zwar für den städtischen Autobahnbereich eine Ausnahme vorsieht, dafür aber bei den Zu- und Abfahrten ein tägliches Verkehrschaos befürchten läßt.

Durch die Kostenpflicht von Hauptverkehrsstraßen wird auch der Gewerbe- und Berufsverkehr zusätzlich belastet - eine Maßnahme, die angesichts sich überschlagender Insolvenzrekorde und zunehmender Arbeitslosigkeit untragbar ist.

Die gefertigten Landtagsabgeordneten stellen daher gemäß § 36 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Landtags für Wien nachfolgenden

### RESOLUTIONSANTRAG

Der Landtag wolle beschließen

Der Landtag fordert den Nationalrat und die Bundesregierung dazu auf, im Stadtbereich, insbesondere in der Bundeshauptstadt Wien, keinerlei Kostenpflicht der Verkehrswege vorzunehmen. Dies betrifft sowohl die Autobahnvignette wie auch das road-pricing. Zusätzlich ist sicherzustellen, daß bei dieser Ausnahmeregelung auch für berufsbedingte Pendler und überregional agierende Wiener Wirtschaftsbetriebe keinerlei Belastungen durch Maut bzw. ein kilometerabhängiges road-pricing-System entstehen.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung dieses Antrages gefordert.

*Rudolf P. Korinek*

*Josef Huber*

*Dr. Hans Pöschel*

*(See)*

*Am 5*

*Eintrag*

*Jura Korinek*

*Ursula*

*Walter-Korinek*

*M. Schmid*